

Geschäftswort:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
1. Seite 15 Goldpfennige
2. Seite 10 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Genredirektor Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.

Druck und Verlag der A. Oestricher'schen Buchdruckerei.

Die Zollvorlage vor dem Reichstag.

Die erste Lesung.

Berlin, 24. Juni. Reichsfinanzminister von Schlieben leitete die erste Lesung ein und weist darauf hin, daß der Reichsrat der Vorlage bereits zugestimmt habe. „Es kann wohl nicht bestritten werden, so erklärt der Minister, daß unser jetzt geltender Zolltarif veraltet ist. Es sind jetzt 24 und ein halbes Jahrzehnt her, daß dieser Zolltarif hier im Reichstag zur Annahme empfohlen wurde. Jetzt ist er eraltet, sowohl in seinem Aufbau, wie auch in seinen Sätzen. Die Technik hat inzwischen außerordentliche Fortschritte gemacht, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert. Daher entspricht auch die Gliederung unseres Tarifs nicht mehr den Bedürfnissen. Das gleiche gilt von der Höhe der einzelnen Tariffsätze. Durch die Geldentwertung ist das Niveau des Zolltarifs heruntergedrückt worden, während die Produktionskosten im Inland durch die vermehrten Steuerlasten, durch die erhöhten Frachten, gestiegenen Rohstoffe sehr bedeutend gewachsen sind. Hierzu kommt, daß das Ausland seine Zollschutzmauern bis zu schwindelnder Höhe emporgeführt hat. Die Einfuhrverbote können nur noch eine kurze Lebensdauer haben. Sie müssen verschwinden, wenn unsere Versuche, Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einzureihen, erfolgreich sein sollen. Wir müssen eine Grundlage zu Tarifverhandlungen mit anderen Ländern erhalten.“

Die Regierung legt daher Wert darauf, daß die Vorlage mit allergrößter Beschleunigung erlassen wird. (Lachen links), da sonst die schon eingeleiteten Handelsvertragsverhandlungen zum Stillstand kommen müssen.

Die Reichsregierung hat bei der Verfolgung ihres Ziels, den Zolltarif zu modernisieren, sich auf das Beschränkte, was in kurzer Zeit erreichbar ist. Sie hat auch die Gliederung des Tarifs nur dort geändert, wo ein unaufschiebbares wirtschaftliches Bedürfnis dazu vorliegt. Auch bei der Revision der Sätze hat sie sich auf das unbedingt Erforderliche beschränkt. Eine gründliche Neuregelung ist der großen Zolltarifrevision vorbehalten.

Es muß aufgeräumt werden, so erklärt der Minister weiter, mit dem Rest der Kriegsmassnahmen, durch die für eine große von Erzeugnissen in jenen Zeiten der Zwangswirtschaft der Zoll vorübergehend aufgehoben worden ist. Während für einen großen Teil dieser Erzeugnisse, sowohl der Industrie, wie der Landwirtschaft diese Zollfreiheit inzwischen wieder beseitigt worden ist, sind es jetzt im Wesentlichen nur noch die großen Gruppen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse: Getreide, Vieh, Fleisch, Fette, Gemüse, Eier, Milchprodukte und Zucker, für die die Zollfreiheit und damit eine große Lücke im Schutz der deutschen Wirtschaft besteht. Es ist die Pflicht und die Aufgabe der Reichsregierung durch Wiedereinführung agrarischer Zölle (lebhafter Widerspruch links) folgenden beiden wichtigen Zielen zu entsprechen:

1. Das notwendige Rüstzeug in Form von Verhandlungszöllen zu schaffen die wir brauchen, um mit anderen Ländern, namentlich Länder bedeutender landwirtschaftlicher Produktion, unserer Ausfuhr förderl. Tarifverträge abschließen zu können.
 2. Aber, was noch wichtiger ist, der Landwirtschaft als einem so überaus bedeutsamen Faktor der nationalen Arbeit denjenigen Schutz zu sichern, der ihr aus Gründen der Parität gegenüber den Industriezöllen gewährt werden muß, wenn nicht eine gefährliche Störung des Gleichgewichts die Folge sein soll. (Beifall rechts, Lachen links.)
- Es geschieht das unter weitgehender Rücksichtnahme auf die Verbraucherschicht (lautes Lachen links), deren dauerndes Interesse jedoch mit dem Bestehen einer intensiven und leistungsfähigen Landwirtschaft durchaus verbunden ist. (Zustimmung rechts, erneutes Gelächter links.)
- Der Minister verweist dann zum Schlusse seiner Ausführungen auf die große Bedeutung der Vorlage für die deutsche Produktion und die deutsche Handelspolitik. Das bereits unterzeichnete Handelsabkommen mit der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsgemeinschaft beruht bereits auf den im Entwurf vorgesehenen Zollsätzen. Ebenso werden die Gehege der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und Italien zugrunde gelegt werden. Zur Erzielung eines günstigen Abchlusses dieser Verhandlungen, sowie zur Aufnahme der Fortführung ionischer Handelsvertragsverhandlungen ist es unbedingt erforderlich, daß die Vorlage schnellstmöglich verabschiedet wird. Der Mini-

ster bittet daher die Beratungen im Plenum und in den Ausschüssen so zu fördern, daß die Vorlage unter allen Umständen noch vor den Sommerferien Gesetzkraft erlangt. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

In der folgenden Aussprache, an der sich die Abgeordneten Wiffel (Soz.), Thomßen (D.N.), Dr. Dessauer (Z.), Dr. Schneider (W.P.), Fehr (W. Ver.) und Horlacher (Bayer. W.P.) beteiligten und in der die Meinungen der einzelnen Parteirepräsentanten hart aufeinanderprallen, wird eine Klärung nicht erzielt, sodas die Hoffnung der Regierung, die nicht nur durch die Minister Schlieben und Graf Kanik, sondern auch durch den Reichskanzler vertreten war, bereits heute die Vorlage an den Ausschuss abgehoben zu sehen, nicht in Erfüllung ging. Es wird am Donnerstag in der Debatte fortgeföhren werden.

Die Notwendigkeit von Mindestzöllen

U. Berlin, 24. Juni. Unfänglich der heute im Reichstag beginnenden ersten Lesung der neuen Zollvorlage gewöhnte der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth einem Vertreter der Telegraphen-Union eine Unterredung. Graf von Kalkreuth gab auf folgende Fragen nachstehende Antworten:

Frage: Warum halten Sie Mindestzölle für unbedingt erforderlich?

Antwort: Die Landwirtschaft legt ihre Erzeugnisse nur einmal im Jahre um. Sie ist daher nicht in der Lage, sich mit ihrer Produktion den Schwankungen der Konjunktur anzupassen. Sie hat keine Sicherheit, daß die zu Beginn des Wirtschaftsjahres gemachten Aufwendungen sich im Herbst bezahlt machen, wenn nicht Mindestzölle eine mögliche Stetigkeit der Preise gewährleisten. Das gilt nicht nur für Getreide, sondern auch für andere landwirtschaftliche Produkte, wie Kartoffeln, Obst, Gemüse, Wein usw.

Frage: Glauben Sie nicht, daß durch einen entsprechend hohen autonomen Zoll die Sicherheit der Stetigkeit der Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse gleichfalls zu erreichen ist?

Antwort: Nein, denn auch solche autonomen Zölle können in den Handelsverträgen auf Null heruntergehandelt werden. Die Erfahrung lehrt, daß bei Handelsvertragsverhandlungen immer starke Neigung bestand, die landwirtschaftlichen Zölle zum Handelsobjekt zur Erzielung von Vorteilen für die Industrie zu machen und so die Landwirtschaft um den notwendigen Schutz zu bringen. Auch der deutsch-spanische Handelsvertrag ist ein Schulbeispiel für diese Einstellung.

Frage: Wird aber nicht der handelspolitische Wert der Agrarzölle herabgemindert, wenn die Bindung durch Mindestzölle den Unterhändlern jede Bewegungsfreiheit nimmt?

Antwort: Selbstverständlich liegt es im Interesse der gesamten Wirtschaft, wenn unsere Unterhändler den ungeheuren Kampfsätzen des Auslandes gegenüber mit gleich starken Waffen entgegentreten könne. So würde es darum begriffen, wenn neben Mindestzöllen der Goldentwertung entsprechende Verhandlungszölle auch für sämtliche landwirtschaftlichen Produkte in den Tarif eingelegt würden.

Frage: Glauben Sie, daß ein „gleitender Zoll“, abgestellt auf den Standardpreis der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Landwirtschaft die gleiche Sicherheit für eine stetige Preisentwicklung bieten kann wie ein Mindestzoll?

Antwort: Der „gleitende Zoll“ wäre, abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, über die ich als Nichtspezialfachverständiger kein Urteil abgeben möchte, ein brauchbares Zollsystern, wenn es möglich sein würde, ihn statt auf die vergangenen, auf die kommenden Preise des Weltmarkts einzustellen. Da eine der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt vorausgehende Verbilligung aber bisher noch nicht gefunden ist, so liegt bei Einführung eines gleitenden Zolles die große Gefahr vor, daß dieser der Entwicklung nachhinken müsse und Paiffe auf dem Weltmarkt für Deutschland nicht immer ausgleichen, sondern häufig verschärfen würde.

Frage: Ist für die Landwirtschaft die Frage der Mindestzölle tatsächlich der Angelpunkt der ganzen Zollvorlage?

Antwort: Ich bin allerdings der Auffassung, daß landwirtschaftliche Mindestzölle nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte Volkswirtschaft der Angelpunkt der Zollvorlage sind, weil sie allein für die Landwirtschaft begründete Ausflucht auf Rentabilität und damit Intensivierungsmöglichkeiten des Betriebes bedeutet. Ich stimme mit dem Reichshandlungspräsidenten Schacht überein, der vor dem Reichsrat ausföhrt: Wenn wir aus unserer 1. Erzeugungsquelle, der Landwirtschaft, etwa 30 Prozent mehr Erzeugung herausholen könnten, wären wir über die größten Schwierigkeiten hinweg.“

Tages-Spiegel.

Die erste Lesung der Zollvorlage hat gestern im Reichstag mit einer Rede des Reichsfinanzministers von Schlieben begonnen

Erregte Szenen fanden im Reichstagsgebäude zwischen einer Schar von dort eingedrungenen Aufwärtungsinteressenten und Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei statt. Die Szenen dauerten bis in die späten Nachmittagsstunden.

Der Reichspräsident empfing gestern den Vorstand des Reichsförwirtschaftsrates zur Entgegennahme seiner Glückwünsche und zur Besprechung der Lage der deutschen Forstwirtschaft.

Die Räumung des Ruhrgebiets und der Rheinhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort soll, wie nunmehr bestätigt wird, vor dem 16. August beginnen.

In der gestrigen Unterhausung verteidigte Chamberlain seine Politik in der Sicherheitsfrage.

Die französische Kammer sprach im Anschluß an die Marokkodebatte dem Kabinett Painleve mit 510 gegen 30 Stimmen das Vertrauen aus.

Trotz des Erfolges, den die Kammerabstimmung für die Regierung Painleve bedeutet, werden die Aussichten der Regierung in der Finanzdebatte keinesfalls als günstig betrachtet.

Das spanische Direktorium hat im Hafen von Malaga 36 Dampfer versammelt, welche bestimmt sind, ein von General Primo de Rivera gebildetes Expeditionskorps nach der Riffüste zu transportieren.

Britannien unter den Völkerbundspakt sei mit einer Absonderung Groß-Britanniens von der europäischen Politik nicht zu vereinbaren. Die Aufgabe Groß-Britanniens liege im weissen und vorsichtigen Gebrauch seines Einflusses und seiner Macht Sicherung des Friedens und Verhinderung eines neuen Kriegs. Die Fortsetzung der ebenfalls nach diesem Ziele strebenden Politik der Regierung Lloyd Georges, d. h. ein Sicherheitsvertrag der Alliierten gegen Deutschland, sei heute für die britische öffentliche Meinung weder möglich noch annehmbar. Die Politik Groß-Britanniens könne sich heute unmöglich auf Bündnisse stützen, die gegen eine 3. Macht sind. Chamberlain erklärte weiter, ein Sicherheitsvertrag in dem nicht Deutschland als gleichberechtigter Staat einbegriffen sei, würde nicht nur eine unerträgliche Lage schaffen, sondern auch binnen kürzester Zeit einen neuen Krieg heraufbeschwören. Andererseits sei ein Vertrag für Groß-Britannien nur dann annehmbar, wenn sich die Verpflichtungen Groß-Britanniens ausschließlich auf die Sicherheit der deutsch-französischen Grenzen beschränke. Für die Ozeanengen trage Frankreich die Verantwortung. Daher sei auch für Frankreich das Recht aufgestanden worden, einen Angriff auf einen ihrer östlichen Verbündeten als Angriff auf Frankreich zu betrachten. In solchem Falle erwachsen jedoch Großbritannien keinerlei Verpflichtungen.

Vor allem sei der Sicherheitspakt ein großer Schritt zur allgemeinen Entwaffnung, da er das Mißtrauen der europäischen Staaten zueinander verringere. Er könne sagen, daß Chamberlain fort, daß Deutschland durch seine offenen und mutigen Vorschläge eine neue und vielleicht auch die einzige Möglichkeit zur Erhaltung des Weltfriedens beschaffen habe. Auch Frankreich habe sich zu den deutschen Vorschlägen durchaus freundschaftlich gestellt. Zwischen der britischen und der französischen Regierung herrsche volles Einvernehmen. Auch die britische Regierung sei der Auffassung, daß Deutschland zum mindesten mit dem Abschluß eines detaillierten Vertrags dem Völkerbund beitreten müsse. Der gute Wille Deutschlands sei nicht anzuzweifeln. Die Vorschläge böten die besten Aussichten auf einen dauernden Frieden. Wenn jedoch Großbritannien keine Mitarbeit versagen würde, wäre alles vergebens. Daher bitte er das Unterhaus und den Staat um Unterstützung, da es sich heute um die wichtigste Frage einer nationalen Politik handle.

Chamberlain schloß seine Rede unter nochmaligem Hinweis auf die Bedeutung eines Sicherheitsvertrages, der auf der vollen Gegenseitigkeit aller Vertragsgegner beruhe. Nach ihm tritt

Macdonald

bestin den Sicherheitspakt an, den er als vollkommen unzulänglich bezeichnete. Ein derartiger Vertrag würde nur zu künftigen Mißverständnissen führen, für deren Lösung Schiedsgerichte schwerlich zuständig sein könnten. Die Möglichkeit eines Krieges würde durchaus nicht in dem Maße ausgeschaltet werden, wie durch ein Uebereinkommen der Mächte in der Art des Genfer Protokolls. Nachdem Macdonald noch die Vorzüge des Genfer Protokolls auseinandersetzte, schloß er seine Ansprache mit einem Appell an das Unterhaus. Für die Liberalen sprach

Lloyd George

der die Ausführungen Chamberlains und Macdonalds Punkt für Punkt angriff. Lloyd George wandte sich besonders scharf gegen Chamberlains Forderung, daß Großbritannien seine abgeforderte Stellung aufgeben solle. Aus diesem Grunde wies er auch einen Sicherheitspakt in der vorgeschlagenen Form zurück

Chamberlain über den Sicherheitspakt.

Verteidigung der Paktspolitik.

London, 25. Juni. Das britische Unterhaus war bereits lange vor der Eröffnung der Sitzung voll besetzt. Auf den Tribünen begegnete man bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und des gesamten diplomatischen Korps. Nach Eröffnung der Sitzung betrat

Chamberlain

die Rednertribüne und begann seinen Bericht über die Genfer Verhandlungen über den Sicherheitspakt.

Er sagte, man habe ihm den Vorwurf gemacht, in Genf

eine persönliche Politik betrieben zu haben und den Verführungen des französischen Außenministers Briand erlegen zu sein. Derartige Gedanken seien unsinnig. Er brauche nichts aus seinen privaten Unterredungen mit Briand und anderen führenden Staatsmännern zu verheimlichen.

Es brauche wohl nicht betont zu werden, daß selbst die geringsten Entscheidungen bei den einzelnen Stappen der Verhandlungen gründlicher Erwägungen eingehender Aussprachen zwischen allen Beteiligten bedurften. Der Zweck des Sicherheitspaktes sei, den Krieg unmöglich zu machen. Kein Volk könne sich heute von dem anderen abschließen. Die Unterschrift Groß-

Politische Uebersicht.

Die am Freitag in Genf beginnende Tagung der Mandatkommission des Völkerbundes wird sich mit dem Berichte der Regierung über die Verwaltung der sogenannten B- und C-Mandate beschäftigen. Diese Mandate sind die früheren deutschen Kolonien in Afrika und in der Südsee.

Der französische Ministerpräsident Painlevé gab in der Kammer eine längere Erklärung über die Marokkopolitik ab. Er begründete die Notwendigkeit des französischen Vorgehens und wandte sich dann gegen die zahlreichen fremden Emisäre, die hauptsächlich türkischer, russischer und ägyptischer Nationalität sich im Risgebiet aufhalten. Natürlich fehlt in seiner Rede auch nicht der Hinweis darauf, daß Frankreich die Schutzmission in Marokko repräsentiert.

In der gestrigen französischen Kammereröffnung kam es anlässlich der Besprechung der kommunistischen Interpretation zu einer wüsten Schlägerei zwischen kommunistischen und rechtsstehenden Abgeordneten.

Der französische Heeresbericht aus Marokko meldet, daß die Rifkabylen ihre Angriffe erneuert haben. Eine über London kommende Meldung will wissen, daß die Franzosen Fez geräumt haben.

In China steht der Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den Truppen des Generals Tjanissolin und denen des Generals Feng bevor. Es werden bereits Schützengräben ausgehoben. In Peking und Shanghai ist der Belagerungszustand verhängt. Man rechnet mit neuen großen Kundgebungen gegen die Ausländer. Die englische Regierung hat neue Verstärkungen für die bedrohten Orte beordert.

Der russische Botschafter hat der chinesischen Regierung einen Plan vorgelegt, wonach die entstandenen Schwierigkeiten durch eine chinesisch-russische Konferenz beigelegt werden sollen.

In Kanton und Ningpo kam es anlässlich von Demonstrationen zu neuen Zusammenstößen, bei denen ein Engländer und ein Franzose getötet wurden. Mehrere Japaner wurden schwer verwundet.

Neuorkecker Blätter bringen die Sensationsnachricht, daß der Kaiser von Japan seine geistige Zurechnungsfähigkeit verloren habe. Sein Gedächtnis und seine Konzentrationsfähigkeit hätten so sehr nachgelassen, daß es ihm unmöglich sei, die Regierungsgeschäfte weiter auszuüben. Es dürfte sich empfehlen, diese Meldung mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

Das jugoslawische Parlament hat die Mandate der Oppositionellen Radik-Partei anerkannt, nachdem festgestellt worden war, daß zwischen den Abgeordneten dieser Partei und der Moskauer Internationalen keine Beziehungen bestehen.

Im Befinden des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pašić ist eine wesentliche Besserung eingetreten, so daß er in Bälde sich wieder den Geschäften widmen wird können.

Zoll- und Steuererfragen.

Eine Niederlage der Regierung im Steuerauspruch. — Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt. — Die Zollvorlage gefährdet. — Wahrscheinliche Verzögerung bis zum Herbst. — Leichte außenpolitische Entspannung. — Die bevorstehende Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes. — Vertrauensvotum für Painlevé. — Ein Besuch des deutschen Botschafters bei Chamberlain.

Berlin, 24. Juni. Wir haben kürzlich scharf zwischen einer parlamentarischen und einer Regierungskrise unterschieden. Eine Rabinetskrise besteht nach unserer Auffassung nicht und ist auch vorläufig nicht zu erwarten. Dagegen meinen wir, daß eine Krise der parlamentarischen Arbeiten eintreten könnte, d. h. daß im Grunde genommen der Reichstag auseinandergeht, ohne nennenswerte positive Arbeit geleistet zu haben. Diese Auffassung hat sich überraschend schnell bewährt. Im Steuerauspruch wurde die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer mit 15 gegen drei Stimmen abgelehnt. Zu den Reinsägern gehörten die Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Völkischen und die Wirtschaftspartei, während das Zentrum als Regierungspartei für die Erhöhung stimmte. Etwas überrascht hat es, daß auch die Bayerische Volkspartei sich für die Vorlage eingekauft hat. Das ist naturgemäß keine endgültige Entscheidung, wenn es dem Plenum auch schwer fallen dürfte, darüber hinwegzugehen. Die Lage ist insofern kompliziert, weil sich die Regierung wird entschließen müssen, Kompromißverhandlungen zu beginnen, und Zugeständnisse auf anderen Gebieten, etwa bei der Umsatzsteuer, zu machen. Rein zahlenmäßig genügt die heutige Mehrheit, um die Vorlage auch im Plenum zu Fall zu bringen.

Wie die Dinge im einzelnen laufen werden, läßt sich noch nicht sagen. Doch ist immerhin anzunehmen, daß die Steuererfragen wenigstens noch ein Stück weit gefördert werden. In der Aufwertungsfrage wurden zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien ein neues Kompromiß geschlossen. Ob es Gesetzeskraft erlangt, bleibt abzuwarten, denn der Widerstand gegen die einzelnen Bestimmungen hat sich als außerordentlich stark erwiesen. Das gleiche gilt von der Zollvorlage, die heute im Reichstag eingebracht worden ist. Gegen sie haben die Demokraten, Sozialisten und Kommunisten schärfste Opposition angefaßt. Wenn bei den anderen Parteien Absprachen vorkommen, was immerhin recht nahegelegt, so ist die Vorlage ernstlich gefährdet. Die gleitenden Bölle werden sich wohl kaum mehr halten lassen, nachdem sowohl der Hansabund als auch der Reichsverband der deutschen Industrie auf seiner Kölner Tagung dagegen Stellung genommen hat. Den Mindestzöllen droht ebenfalls das Ablehnungsvotum. Wahrscheinlich wird die Zollvorlage verlagert, da bis zum 18. Juli, dem Zeitpunkt, wo der Reichstag auseinandergeht, keine Möglichkeit besteht, sie auch nur in den Ausschüssen zu verabschieden, geschweige denn die 960 Positionen im Reichstag durchzuführen.

Eine gewisse Entspannung bedeutet es für die Regierung, daß in der Außenpolitik eine Erleichterung eingetreten ist. Das französische Kabinett hat gestern beschlossen, das Ruhrgebiet und die Sanktionsstädte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort zu räumen. Als große Geste, wie die „Times“ diesen Beschluß ankündigt, können wir ihn nicht auffassen. Es handelt sich hierbei vielmehr um eine selbstverständliche Vertragserfüllung, deren Unterlassung die schwersten Kompli-

Ämtliche Bekanntmachungen

Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten.

Es wird auf die Beratungsstelle Calw-Neuenbürg der Landesversicherungsanstalt Württemberg hingewiesen (Leiter: Herr Oberamtsarzt Dr. Böh in Calw, Panoramastrasse). Es erfolgt unentgeltliche Beratung und Vermittlung ärztlicher Behandlung. Sprechstunden: Samstag vormittags, 10—12 Uhr.

Calw, den 22. Juni 1925.

Oberamt: Goetz, A.-B.

Jahreschätzung der Gebäude zur Brandversicherung auf 1. Januar 1926.

Die Herren Ortsvorsteher werden auf den Erlaß des Verwaltungsrats der Gebäudebrandversicherungsanstalt in obigem Betreff vom 27. Mai 1925 (Min. A. W. S. 102) zur Beachtung und Veranlassung des Weiteren hingewiesen.

Insbondere wird auf die dem Gemeinderat obliegende Pflicht zur Durchsicht des Feuerversicherungsbuchs im Monat August ds. Js. aufmerksam gemacht.

Calw, den 22. Juni 1925.

Oberamt: Goetz, A.-B.

rationen hätte nach sich ziehen können. Die Räumung ist durch das Londoner Protokoll bedingt und muß vollzogen werden, nachdem die Reparationskommission einstimmig festgestellt hat, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Trotzdem begrüßen wir die französische Vertragstreue uns gegenüber, wenn wir auch deswegen nicht in Lobeshymnen ausbrechen.

Das französische Kabinett ist vorläufig gerettet. Die wir erwarteten, hat es in der Marokkodebatte einen Sieg davongetragen, der sogar überwältigend groß ausgefallen ist. Heute früh wurden die Erörterungen über Marokko in der französischen Kammer durch ein Vertrauensvotum für die Regierung geschlossen, gegen das nur 30 Abgeordnete stimmten. Bei den 510 Anhängern der Regierung befanden sich auch die meisten Sozialisten. Painlevé und Briand haben beide erklärt, daß keine Eroberungen in Marokko beabsichtigt seien und daß Frankreich zu Friedensverhandlungen bereit sei, wenn Abd el Krim sie wünsche. Das hat zweifelsohne die Abstimmung beeinflusst. Man darf auch nicht vergessen, daß für Frankreich die Marokkofrage eine nationale Frage ist, bei der sich der größte Teil der Sozialisten nicht von der Mehrheit trennen will. Doch ist die Gefahr noch nicht gänzlich beseitigt. Wenn auch in der Budgeterörterung, die heute beginnt, der Etat für 1926 in der vom Senat gutgeheißenen Form genehmigt wird, was noch immer fraglich ist, so bleibt als Konfliktstoff immer noch das Budget für 1926, das die Caillauxschen Finanzreformpläne in sich schließt. Man glaubt allgemein in Paris, daß es nicht gelingt, dieses zweite Budget durchzuführen.

Sehr wesentlich für die weitere politische Lage sind die Erklärungen, die Chamberlain heute im Unterhaus abgegeben wird. Auf ihre Bedeutung haben wir wiederholt hingewiesen. Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang eine Londoner Meldung, wonach der deutsche Botschafter Sthamer bei Chamberlain war und ihm die Auffassung der deutschen Regierung übermittelte hat. Der Unterredung wird deswegen entscheidende Bedeutung zugemessen, weil Chamberlain nun auf Grund amtlicher Mitteilungen in der Lage ist, die Stellung der deutschen Regierung in seiner Rede zu berücksichtigen.

Aus aller Welt.

Schweinfurt. Ein bedauerlicher Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich auf der Staatsstraße zwischen Gäßheim und Schöningen. Auf dem Wege zu einem Schwerverkranken überfuhr der prakt. Arzt Dr. Mantel von Schöningen an einer Stelle, wo sich gerade ein Heuschreck und ein Motorradfahrer kreuzten, mit seinem selbst gesteuerten Auto den des Weges kommenden ungefähr 45 Jahre alten ledigen Wagnermeister und Kriegsinvaliden Heusinger von Walfachsen so unglücklich, daß der Schwerverletzte bis zum Eintreffen des Schweinfurter Sanitätsautos schon verstorben war. Es soll bereits festgestellt sein, daß der Arzt keine Schuld an dem bedauerlichen Unfall trifft. — Beim Hantieren mit einem Spiritusstoker erlitt die 12jährige Schülerin Elise Müller, Rückerstraße 14, schwere Brandwunden und ist ihren Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

Joachimstal. Die Entdeckerin des Radiums in Joachimstal. Die Chemikerin Frau Curie-Skłodowska, bekanntlich die Entdeckerin des Radiums, ist dieser Tage in Joachimstal eingetroffen, wo sie die Uranfabriken besichtigt. Sie fuhr auch in den Stollen der sächsischen Adligen ein, um sich im Einigkeitsschatz für Uran- und Radiumerz den Vorgang bei Verlegung der Metalle erläutern zu lassen. Von Joachimstal aus machte Frau Curie Ausflüge nach Karlsbad und Marienbad und fuhr dann über Eger nach Prag, wo sie beim Präsidenten Masaryk zu Gast war.

Frankfurt a. M. Kunst und Leben. In Postheim fand ein Gesangswettbewerb statt, an dem sich auch die „Einigkeit“ Gonsenheim bei Mainz beteiligte. Der Verein stand gerade auf dem Podium und sang den vorgeschriebenen Chor, als bei den Worten „Kommt o süßer Tod“ der Dirigent des Vereins, Adolf Köpfer, einen Herzschlag erlitt und tot zusammenbrach. Der Vertreter des hessischen Kultusministeriums hielt eine tiefempfundene Ansprache.

Paris. Flammarion als Spiritist. Der bekannte französische Astronom Flammarion war bis zum letzten Augenblick mit der Erforschung der Sterne beschäftigt. In der Nacht, als er starb, begab sich seine Frau, die über das lange Ausbleiben ihres Gatten beunruhigt war, in sein Observatorium, das sich im obersten Stock des Hauses befand, wo sie ihn tot vor seinem Teleskop fand. Freunden, denen er viele seiner Ideen über Tod und Weltall mitteilte, soll er fest versprochen haben, nach seinem Tode Botschaft aus dem Jenseits zu senden. Er hatte aber gebeten, nichts von seinen Plänen vor seinem Tode zu veröffentlichen, weil er nicht die Kritik von Leuten herausfordern wollte, die kein Verständnis hätten für die großen Geheimnisse des Lebens und des Sterbens. Bis heute ist allerdings noch keine Botschaft Flammarions eingetroffen.

Die wirtschaftliche Not

In allen Schichten des schaffenden Volkes erfordert heute gebieterisch, zu wissen, was auf dem Tummelplatz der politischen Leidenschaften und auf dem Spekulationsfeld der wirtschaftlichen Konjunktur jeder Tag und jede Stunde Neues bringen, bleibt doch das Berufsleben der Staatsbürger in Stadt und Land mit der Existenz unseres ganzen deutschen Vaterlandes erhalten oder geht mit ihm in Trümmer. Insbesondere ist es heute die Landbevölkerung, welcher eine bitter ernste Existenzgefährdung droht. Zu einer Zeit, wo der deutsche Wirtschaftsmarkt durch eine gänzlich verfehlte Politik mit ausländischen Erzeugnissen überflutet wird, während die heimischen Produkte keinen Absatz finden und die Kreditnot in den landwirtschaftlichen Betrieben auf's höchste gestiegen ist, tritt durch Steuern, Zwangshypotheken, Verweigerung des erforderlichen Schutzzolls und dergleichen mehr eine allmähliche Enteignung des Bodens drohend in Erscheinung. Eine solche Lage

macht das Lesen

einer guten Tageszeitung zur unbedingten Pflicht eines jeden Landwirts, ist doch der deutsche Bauernstand, als Hüter des heiligsten deutschen Gutes, des deutschen Bodens, dazu berufen, bei der Neugestaltung der kommenden Verhältnisse den Ausschlag zum Guten und Nutzen, zur Freiheit und Ehre unseres Volkes zu geben. Das erfordert eine ernste Anteilnahme am öffentlichen Leben, eine ständige Orientierung über alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge wie sie in rascher und zuverlässiger Weise der politische und wirtschaftliche Teil

des „Calwer Tagblatt“

vermittelt, welches als Heimatblatt des Bezirkes sein ganzes Recht und seine ganze Stimme für die Erhaltung einer freien deutschen Scholle einsetzt.

Das „Calwer Tagblatt“, in allen außen- und innenpolitischen Fragen ein treuer Berater, sieht weiterhin eine Hauptaufgabe darin, seine Leser über alle Vorgänge im Bezirk in gewissenhafter Weise zu unterrichten. Keinem anderen Organ ist es möglich in so ausführlicher und erschöpfender Weise die Begebennisse im Bezirk zu behandeln, denn fast seit 100 Jahren im Bezirk bodenständig, verfügt das „Calwer Tagblatt“ über ein ausgedehntes Netz alterprober Beziehungen und Verbindungen, die eine rasche und unbedingt zuverlässige Berichterstattung gewährleisten. Wer also an dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben im Bezirk Anteil nehmen will, sei es in Wahrnehmung geschäftlicher oder persönlicher Interessen, dem wird das ständige Lesen des „Calwer Tagblatt“

zu einer Notwendigkeit

welche er nicht missen möchte.

Das „Calwer Tagblatt“ mit seinen reichhaltigen, wöchentlich erscheinenden Beilagen „Die Welt der Frau“, „Feld und Garten“, „Sonntagsbeilage“ und „Wandern und Reisen“ gehört daher in jede Familie im Bezirk, ist es doch das ausgesprochene Heimatblatt, dessen gediegener Inhalt von Alt und Jung gleich gern gelesen wird.

Wir hoffen im neuen Quartal neben unseren alten Freunden wieder eine Anzahl neuer Bezieher begrüßen zu dürfen und versprechen trotz bedeutend gesteigerter Materialkosten auch weiterhin nach besten Kräften am Ausbau des „Calwer Tagblatt“ zu arbeiten. Unser Ziel ist die Schaffung einer unabhängigen, starken Heimatzeitung, die jederzeit wirksam für die Interessen des Bezirkes und seiner Bewohner einzustehen vermag. Wir hoffen, daß die Freunde des „Calwer Tagblatt“ diese Bestrebungen zu würdigen und zu unterstützen wissen und begrüßen jeden neuen Leser als einen Förderer derselben mit aufrichtiger Freude.

Berlag u. Schriftleitung des „Calwer Tagblatt“.

Kleine politische Nachrichten.

Große Anschließung in Wien.

Wien, 24. Juni. In der großen Volkshalle des neuen Wiener Rathauses fand gestern Abend eine vom österreichisch-deutschen Volksbund einberufene Versammlung statt, die sich zu einer großen Kundgebung für den Anschlußgedanken gestaltete. An der Versammlung nahmen Angehörige aller politischen Parteien und sozialen Schichten in so zahlreicher Masse teil, daß die Volkshalle nur einen kleinen Teil der Interessenten aufnehmen konnte, während weitere Tausende auf dem großen Rathausplatz sich drängten. Generaldirektor Neubacher bezeichnete in seiner Eröffnungsrede als den Zweck der Versammlung, in dieser schweren Zeit den wahren Volkswillen aufzuzeigen. Der deutsch-österreichische Zwangsstaat, der ein Ergebnis der politischen Raubzüge der sogenannten Friedensmachei des Jahres 1919 sei, ist für sich allein nicht lebensfähig, was nach der Scheinkonjunktur der Inflationszeit, in der Epoche Stabilisierung deutlich in Erscheinung trete. Der Redner gedachte dann in warmen Worten des Prälaten Dr. Dreßel, der durch Krankheit verhindert sei, an der Versammlung teilzunehmen. An seiner Stelle sprach für die christlich-sozialen Angehörigen des Österreichisch-Deutschen Volksbundes Universitätsprofessor Dr. Hans Aibl, der in seiner sehr wirkungsvollen Rede betonte, daß bei einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland, Österreich nicht der allein nehmende Teil sein werde, sondern auch dem Reich großen Nutzen bringen könne. Der österreichische Staat habe Anteil an einer großen Geschichte. Was vor dieser Vergangenheit bestehen konnte, bleibe auch für die Zukunft wertvoll. Es sprachen dann noch Redner der verschiedenen Parteien bis in die späten Nachstunden hinein, wo die gewaltige Kundgebung ihren Abschluß fand.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. Juni 1925.

Wohnungsbauforderungen.

Die Arbeitsgemeinschaft für gemeinnützige Wohnungsbestrebungen, der zahlreiche Verbände angehören, beabsichtigt eine rege Propaganda, um die Regierung zur stärkeren Förderung des Wohnungsbaues zu veranlassen. Die Arbeitsgemeinschaft stellt in dieser Hinsicht folgende Forderungen auf: Im Etat 1925 müssen für den Wohnungsbau Mittel mindestens in dem Umfang vorgesehen werden, daß die Württ. Wohnungskreditanstalt in der Lage ist, auf die bis 15. Mai 1925 bei ihr eingelaufenen kreditwürdigen Gesuche einen zusagehenden Bescheid zu erteilen. Der Einwand, daß diese Mittel nicht aufgebracht werden können, beruht auf einer Verleugnung der unmittelbaren Lebensnotwendigkeit des Wohnungsbaues und ist daher nicht stichhaltig. Solange und soweit die Gebäudeentlastungssteuer erhoben oder durch eine ähnliche Abgabe auf die Wohnungswirtschaft erlegt wird, ist deren Ertrag restlos dem Wohnungsbau zuzuführen. Sobald wie möglich, spätestens im Zusammenhang mit der auf 1. April 1926 zu erwartenden Neuordnung der Mietzinssteuer, muß ein württ. Bauprogramm mit Finanzierungsplan für die nächsten 5 Jahre aufgestellt und die Deckung des hierzu erforderlichen öffentlichen Bankkredits gesichert werden. Die Arbeitsgemeinschaft kündigt ferner an, daß sie nötigenfalls gegenüber einem ferneren Widerstand der Regierung und des Landtags die letzten Mittel anzuwenden, sich nicht scheuen wird.

Das Gebot der Stunde.

Die Entwicklung der letzten Monate hat eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht, die man nach Überwindung der ersten großen Deflationsepoche kaum noch für möglich gehalten hätte. Die Nachrichten über neue Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen überstürzen sich, die Börsenverhältnisse werden fast von Tag zu Tag trostloser, kurz, die gesamte Wirtschaft droht in ein Stadium vollständigen Stillstandes zu geraten. Vor allem die Alarmnachrichten über die Schwierigkeiten im Stinnes-Konzern haben blühartig die gegenwärtige Situation beleuchtet, deren auffälligstes Merkmal die aus der Inflationszeit stammende und auf die jetzigen Verhältnisse übertragene Überfischung der Substanzwerte ist. Die deutsche Volkswirtschaft droht festzufahren, weil so große Kapitalteile in Betriebsanlagen investiert wurden, daß es jetzt an flüssigem Betriebskapital fehlt. Die Folge davon ist eine immer erneute Steigerung des Kreditbedürfnisses der Wirtschaft, da nur auf dem Wege des Kredits die festgefahrenen Betriebe, die für viele Tausende unserer Volksgenossen das tägliche Brot bedeuten, wieder flottgemacht werden können.

Doch woher sollen die Mittel für die Kredite genommen werden? Die großen Hoffnungen auf eine Kreditaktion des Auslands haben sich nicht erfüllt und werden sich sicher auch nie erfüllen. Die Vermehrung der Bankdepositen, die aus den veröffentlichten Ausweisen der Kreditbanken hervorgeht, bietet allein keine wirksame Hilfe, da es sich bei ihnen zum großen Teil noch um nur zeitweilig entbehrliche Geldreserven einzelner Betriebe handelt. Die andern Kreditinstitute und auch die künftige Rentenbank-Kreditanstalt können nur für einzelne Teile der Wirtschaft Linderung der Kreditnot bringen. Nachhaltige Besserung der gegenwärtigen Lage kann nur eintreten, wenn in langamer systematischer Arbeit das Sparkapital in Deutschland wieder anwächst. Jeder muß daher nach seinen Kräften mitwirken, unsere Wirtschaft aus dem gegenwärtigen Zustand zu befreien. Auch der kleinste Sparbetrag, bei den Sparkassen und Banken gesammelt, wird ein wirksames Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis. Niemand vergesse, daß das Schicksal der Wirtschaft zugleich das Schicksal unseres Landes ist und deshalb nach seinen Kräften mit. Nur durch Sparsamkeit jedes einzelnen kann unser Volk genesen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Hochdruck im Nordwesten gewinnt wieder an Stärke, während das Tief im Osten zurückweicht. Für Freitag und Samstag ist infolgedessen in der Hauptsache trockenes und nur zeitweise bedecktes Wetter zu erwarten.

Vom Landtag.

Der Finanzausschuß beriet gestern den Kustetat und lehnte einen Antrag Scheef (Dem.) ab, einen Oberrechnungsrat der Gruppe X zum Regierungsrat dieser Gruppe zu ernennen. Kultminister Basille teilte mit, daß die Vorbereitungen für die Eingliederung der Oberschulbehörden ins Ministerium im Gange seien und daß diese Frage in Verbindung mit der Staatsvereinfachung im Laufe des Winters den Landtag beschäftigen werde. Bei den Kapiteln 41-47 über die Leistungen an die Kirche erklärte der Minister auf die Ausführungen von verschiedener Seite, daß die Klarstellung der Rechtslage schwierig sei. Man müsse die bestehenden Bestimmungen in der Praxis loyal anwenden. Beim Kap. 48 Universitäten wurde ein Antrag Heymann (Soz.) auf stärkere Berücksichtigung des Genossenschaftswesens in der Wirtschaft angenommen, desgleichen ein Antrag aller Parteien auf Berücksichtigung der Auslandsstudien an der Universität und an der Technischen Hochschule. Bei den Kapiteln 55 und 56, höhere Schulen, wurde ein Antrag Scheef-Dr. Hieber (Dem.) mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, im Haushaltsplan für 1925 die Stellenanforderung auch bezüglich der höheren Lehrer nach dem Grundzuge der Sechsstellung zu gestalten und dabei ein volles Sechstel der Gesamtstellenzahl in Gruppe XII einzustufen. Der Finanzminister Dr. Desinger hatte darauf hingewiesen, daß der Antrag finanziell unmöglich sei. Man könne auch nicht Lehrer an kleineren Anstalten in Gruppe XII einstufen, während andere Beamtenkategorien am gleichen Ort tiefer eingestuft seien. Die Ausführungen von Professor Haller über das höhere Schulwesen wurden von einem Redner des Zentrums entschieden zurückgewiesen. Die Kurstunde erregte bei mehreren Rednern lebhaftes Bedenken. Auf die Überfüllung der höheren Schulen wurde ebenfalls hingewiesen. Nächste Sitzung: heute nachmittags.

Sitzung, 24. Juni. Dem hiesigen Liederkreis gelang es, bei dem Sängertag in Ellingen O. Leonberg, das letzten Sonntag stattfand, einen 10-Pfennig in einfachem Volksgehang zu erringen. Abends versammelte sich die Sängerschaft im Gasthof zum „Löwen“, um bei Musik und Tanz den erlungenen Pokal gebührend einzuweihen.

(SGB.) Widdach, 24. Juni. Gestern traf Königin Charlotte zum Besuch der im Bahnhof zur Kur weilenden Kaiserin per Auto hier ein. Abends trat sie die Rückreise an.

(SGB.) Pforzheim, 24. Juni. Der Schlichtungsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung einen neuen Schiedspruch gefällt. Danach soll von der kommenden Woche ab ein Spitzenmindestlohn von 72 Pfg. bezahlt werden. Die Affordgrundlage für die gelehrten Arbeiter wird auf 83 Pfg. festgelegt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben Frist bis nächsten Samstag zu der Erklärung, ob sie den Schiedspruch annehmen oder nicht. Wie verlautet, ist mit der Ablehnung des Schiedspruchs durch den Arbeitgeberverband zu rechnen.

(SGB.) Pforzheim, 24. Juni. Der Schiedspruch in der Schmutzwarenindustrie ist vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden.

(SGB.) Stuttgart, 24. Juni. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hebt, nachdem sie nunmehr ihre Tore geschlossen hat, in einer Zuschrift hervor, daß die Ausstellung in allen drei Abteilungen, Tieren, Erzeugnissen und Geräten, ihren Zweck, die deutsche Landwirtschaft zur Förderung der Technik anzuregen und auch dem Städter einen Einblick in die Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft zu verschaffen, voll erfüllt hat. Die Zuschrift erwähnt die glänzenden Leistungen der Reichsbahn und der Verkehrsrichtungen der Stadt und rechnet mit einer Besucherzahl von etwa 230 000 wie im Jahre 1908. Leider reicht dieser Besuch nicht aus, um die Kosten der Ausstellung voll zu decken, so daß die D.L.G. mit einem Defizit von 100-150 000 M. rechnet. Die Gesellschaft wird diesen Zuschuß gern tragen in der Überzeugung, daß die Ausstellung in dem Heimatlande ihres Gründers Max Eyth ihren gemeinnützigen Zweck erfüllt und reiche Anregung zur Förderung der Landwirtschaft im ganzen Reich gegeben hat.

(SGB.) Stuttgart, 24. Juni. Der Württ. Braunviehzuchtverband, der anlässlich der 31. Wanderausstellung 47 Tiere ausstellte, hat glänzend abgeschnitten mit 43 ersten und zweiten Preisen und zwar Siegerpreisen, z. B. dem Mag Eythpreis, der größten Auszeichnung, ersten Genossenschaftspreisen, ersten Einzelzüchterpreisen, ersten Siegerpreisen in Einzelklassen. Den Rekord in der Braunviehzucht hat diesmal das Württ. Oberland über sämtliche bayerische Braunviehzuchtverbände glänzend geschlagen. In der Abteilung Kleinvieh hat Oberbaden den besten Stand behauptet. In der Milchwirtschaft kann das Oberland und Allgäu in den Abteilungen Käse und ungefärbte Butter die größten Erfolge aufweisen.

(SGB.) Stuttgart, 24. Juni. Am letzten Ausstellungstag wurde die Ausstellung noch von 35 480 Personen besucht. Damit ist die Gesamtzahl der Besucher der 31. Wanderausstellung auf 232 901 gestiegen. Die Höhe der Besucherzahl der Stuttgarter Ausstellung von 1908 mit 237 499 wurde diesmal also nicht ganz erreicht, dagegen wurde die Besucherzahl der vorletzten Stuttgarter Ausstellung vom Jahre 1896 mit 114 648 um mehr als das Doppelte überschritten. Die letztjährige Ausstellung in Hamburg wurde von 504 137 Personen besucht und damit auch die Höchstzahl aller bisherigen Ausstellungen erreicht. In 12 Jahren soll die Ausstellung wieder hier stattfinden.

(SGB.) Tübingen, 24. Juni. Die verheiratete etwa 39 Jahre alte Bauersfrau Anna Trion hat sich an der Türschwelle mit einem Beil eine Hand abgehauen. Daraufhin nahm die Frau ein auf dem Tische liegendes Rasiermesser und schnitt sich den Hals durch. Kurz nachher stürzte die Unglückliche infolge Blutverlustes zusammen und war sofort tot. Der Vorfall hat sich zugetragen, während sich ihr Mann, der 19jährige Sohn und die 17 Jahre alte Tochter auf dem Felde befanden. Die Familie lebte in glücklichster Ehe und in den besten Verhältnissen. Die Tat muß also in einem Moment geistiger Annäherung geschehen sein.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

1 holländischer Gulden	1686,8 Ma.
1 französischer Franken	195,7 Ma.
1 schweizer Franken	816,5 Ma.

Börsenbericht.

(SGB.) Stuttgart, 24. Juni. Die Börse zeigte heute eine Besserung, aber die Kurserhöhungen waren sehr gering und der Verkehr hielt sich in engen Grenzen.

Der deutsche Außenhandel im Mai.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Mai in der Einfuhr gegenüber dem Vormonat nur geringfügige Veränderungen, bei der Ausfuhr ist eine Belebung festzustellen. Es betrug die Einfuhr im Mai 1 084 034 Tausend Mark, im April 1 080 939 Tausend, und Januar bis Mai 5 764 798 Tausend Mark; die Ausfuhr im Mai 732 176 Tausend, im April 672 376 Tausend und Januar bis Mai 3 444 585 Tausend Mark. Die reine Wareneinfuhr zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine geringfügige Abnahme (um rund 13 Millionen R.M.), die reine Warenausfuhr ist dagegen um rund 58 Millionen R.M. gestiegen. Die sich auf Grund des reinen Warenverkehrs (unter Ausschaltung des Außenhandels mit Gold und Silber) ergebende Passivität der Handelsbilanz beträgt im Mai 266 Millionen R.M. gegen 337 Millionen im Vormonat. Bei der Einfuhr ist ein Rückgang (um 21 Millionen R.M.) bei Rohstoffen und halbfertigen Waren eine leichte Zunahme (um 7 Millionen R.M.) bei den Fertigwaren festzustellen. Die Ausfuhrsteigerung verteilt sich auf Rohstoffe und halbfertige Waren (um 24 Millionen R.M.) und Fertigwaren (um 38 Millionen R.M.), bei gleichzeitigem leichten Rückgang der Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken.

Auslandskredite, Aufwertung und Wirtschaftspolitik

Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparschuhverband schreibt uns: Von allen Seiten wird über die große Kreditnot geklagt, die sogar Firmen, wie dem Stinneskonzern, zu schaffen macht. Mit Recht wird heute darauf hingewiesen, daß Auslandskredite nur vorübergehend Hilfe bringen konnten. Das haben wir bereits im Vorjahr mit aller Deutlichkeit gesagt. Es ist in der Tat so, daß nur die inländischen Spargelder die gesunde Basis für den Kredit der deutschen Wirtschaft bilden können und es ist und bleibt unbestreitbar, daß diese inneren Quellen erst dann wieder stärker zu fließen beginnen, wenn die Aufwertungsfrage in einer gerechten Weise geregelt ist. Sollte das jetzt nicht möglich sein, so darf heute unbedingt keine endgültige Regelung getroffen werden. Die Auslandskredite verjagen heute. Bei den Gründen für dieses Verjagen wird veräußert darauf hinzuweisen, daß im Ausland, vor allem in Amerika und in der Schweiz, eine starke Bewegung vorhanden ist, welche darauf abzielt der deutschen Wirtschaft und den deutschen Städten keinerlei Anleihen mehr zu gewähren, solange nicht die alten Schuldverpflichtungen in einer annehmbaren Form und Glauben und den Regeln des Anstandes entsprechenden Weise anerkannt werden. Wir machen darauf aufmerksam, daß man im Jahre 1854 im „Jüngsten Reichstagsabschied“ die Schuldverpflichtungen anerkannt und nur denjenigen Schuldnern, welche veräußert waren, Erleichterungen zugestanden hat. Man tat das damals ausdrücklich aus Rücksicht auf den Inlands- u. Auslandskredit. Wir müssen zu unserem Bedauern feststellen, daß man damals eine wesentlich klügere Wirtschaftspolitik betrieben hat, als heute, wo man in kurzfristiger Weise die Kaufkraft der weitesten Kreise der Bevölkerung schwächt durch Enteignung der Sparer, Herab-

drückung der Löhne und Gehälter und Hinausschraubung der Lebenshaltungskosten. Wir halten es für unsere Pflicht, auf das eindringlichste vor einer derartigen kurzfristigen Wirtschaftspolitik zu warnen, die mit Notwendigkeit in aller Wäbe zu einem Zusammenbruch führen muß.

Schweinepreise.

Ludwigsburg: Käufer 45-60, Milchschweine 29-40 Mark. — Oberjochheim: Milchschweine 32-40 Mark. — Tettling: Ferkel 27-35 Mark. — Luttlingen: Milchschweine 20-23, Käufer 25 Mark, je d. St.

Wiederkäuerpreise.

(SGB.) Braatenheim, 24. Juni. Auf dem letzten Viehmarkt kosteten Kühe 400-750, Kalbinnen 450-600, Kleinvieh 210 bis 350 Mark das Stück.

Büchertisch.

Der Eng-Pfinggau, 12. Jahrgang 1925, Jahresheft i. A. d. Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br. Verlag G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe.

Es ist das 3. Jahresheft, das der verdienstvolle und opferfrohe Hermann Eris Busse herausgibt, einem bestimmten Landes- und Badens gewidmet. Das Gebiet der Eng, Pfing, Würt, Nagold ist fast unerschöpflich, und mancher Heimatfreund staunt, wie gesund durchblutet, gesegnet Wesen der Landschaft und ihrer Siedler aus der Gesamtheit der kulturhistorischen, geographischen, geologischen, geschichtlichen, kunsthistorischen und volkskundlichen Zusammenhänge erhebt. In 35 Beiträgen haben eine Reihe bekannter Autoren derart ein Heimatbuch geschaffen von dauerndem Wert. Das 320 Seiten starke Werk enthält neben 16 ganzseitigen Bildtafeln (Schöpfungen der Maler und Bildhauer Nische, Brenner, Birte-Strübe, Eichrodt, Elsäßer, Hilbrand, Bert und Vera Soho, Rabis, Meyer, Pfeiffer, Riedel, Sauter, Wolff) eine Fülle guten Bildschmucks nach unveröffentlichten Plänen, Stichen, Zeichnungen, Delgemälden und photographischen Aufnahmen, (Gebäude und Proben von Emil Strauß, L. Eichrodt, L. Auerbach, Drollinger, Bierordt sind ebenfalls eingestreut), eine erlesene Gabe dank auch der Unterstützung weiter Kreise und vor allem der Stadt Pforzheim. So reiht sich diese Ausgabe an ausgezeichnete Jahressgaben an das „Baar-, Kraichgau-, Markgräfler-, Ueberlingerheft des Landesvereins Badische Heimat an, ist Zeuge auch echt heimatsgesinnten Geistes.

Rätsel- und Aufgaben-Ecke.

Verrierbild



Wo ist der alte Fischer?

Auflösung der rätselhaften Inschrift aus gestriger Nummer.

Es kann der Beste nicht in Frieden leben, Wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

(Schiller.)

Für nur 35 Pfennig

kann man sich einen prachtvollen Nachtisch bereiten, denn aus **Dr. Oetker's Puddingpulver** stellt man einfach und schnell einen

Oetker-Pudding

her, der namentlich für Kinder ein Hochgenuss ist. Am beliebtesten sind **Vanille- und Mandel-Geschmack**. Es gibt außerdem noch Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen- und Ananas-Geschmack.

Für 3-6 Personen genügt:

1 Päckchen Dr. Oetker's Puddingpulver	M. 0.10
1/2 Liter Milch	ca. 0.17
2 Eßlöffel (50 g) Zucker	0.04
1 Eßlöffel (20 g) Butter	0.04
	M. 0.35

Angerichtet wird der Pudding mit eingemachten Früchten oder Fruchtsaft, wenn nicht zur Hand, nimmt man Dr. Oetker's Saucenpulver, entweder Vanille- oder Schokoladengeschmack.

Verlangen Sie nur „Original-Päckchen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellskopf“.

Die beliebtesten **Oetker-Rezeptbücher** erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Calwer Liederkranz.



Frühjahrsaufführung

am Samstag, den 27. Juni 1925,
abends 8 Uhr im „Bad. Hof“ unter
Mitwirkung von Herrn
Musikdirektor Frank,
wozu unsere Mitglieder freil. eingeladen werden.
Eintritt für Nichtmitglieder 1 M. 50 Pfg.
Das Konzert findet ohne Restauration statt.
Der Ausschuß.

Kauft Gaskoks!

Er ist gut u. wesentlich billiger
als Zechenkoks.
Der Zentner ab Werk M. 1.60.
Stadt. Gaswerk Calw.

Empfehlung an Behörden und Private.

Durch Anschaffung einer fahrbaren
Steinschlagmaschine
kann jedes Quantum Steine und an
jedem Ort geschlagen, ebenso auch
jede Menge von Schotter, Grus,
Sand geliefert werden. An-
fragen sind zu richten an

Gottlieb Pfeiffer,
Baugeschäft, Calw
Fernspr. 146

NB. 6000 Stück Pfannenziegel
in ab Werk Althengstett
sowie 30 Stück Terrazzowasser-
steingarnituren mit Eisen-
einlagen gibt billigst ab der Obige.

Von der Reise zurück DR. ROTH

Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohren-
Krankheiten
PFORZHEIM gegenüber
Bahnhof.
Sprechstunden von 10—1 u. 3—5 Uhr.

Koche und backe

nur mit



rasch/sauber/billig
Rat und Auskunft kostenlos beim Gaswerk

Calw, den 25. Juni 1925.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, welche unserer lieben Tante
und Schwiegermutter

Friederike Laubengauer

zuteil wurden, sagen wir Allen herzl. Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Simmozheim, 25. Juni 1925.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme während der Krankheit und dem Hin-
scheiden unseres lieben Vaters, Bruders,
Schwagers und Onkels

Gotthilf Haußer

für die Krankensuche und die trostreichen
Worte des Herrn Geistlichen, den Herren
Ehrenträgern, dem Gesangsverein und seinen
Altersgenossen, für die vielen Kranzspenden
und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten
Ruhestätte sagen wir auf diesem Wege unsern
innigsten Dank.

Die tiefgebeugte Gattin:

Katharine Haußer geb. Linkenheil
mit ihren 4 Kindern.

Haben Sie schon eine Hängematte?

Wir liefern, solange
Vorrat, das Stück **zu 4.50** direkt gegen
Nachnahme
Gebr. Kolesch, Seilerwarenfabrik
Iphofen, Mittelfranken.

Eine Freude

bereiten Sie Ihren Angehörigen
im Auslande, wenn Sie denselben
das „Calwer Tagblatt“ ständig
zusenden oder von der Geschäfts-
stelle ds. Blattes zusenden lassen.

TAPETEN
in großer Auswahl auf Lager
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße.

Im Stricken
all. Art empfiehlt sich
Frankenherz, Leberstr. 175

Ein bereits neues
Fahrrad

verkauft
Fr. Paule zum „Schiff“
Kohlerstai.

Besuchskarten
und **Anzeigen**
erhalten Sie rasch in der
H. Dellschläger'schen
Buchdruckerei Calw

Rosel Grammel

Robert Deber

Verlobte

Freudenstadt

Calw

Brooklyn II. V.

Juni 1925.

20 Kinderwagen Reichert
Promenade- und Sportwagen
stets am Lager an der Brück.
Kleine Anzeigen Große Auswahl!

Nur 20 Pfennig

wöchentlich haben Sie aufzuwenden, wenn Sie
sich und Ihrem Haar die Wohltat einer Kopf-
wäsche verschaffen wollen. Diesen geringen
Betrag kann wohl jeder Einsichtige für die
Pflege seines Haares erübrigen. Verlangen
Sie aber beim Einkauf nicht einfach ein „Kopf-
waschpulver“, sondern betonen Sie, daß Sie nur
„Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“
zu erhalten wünschen, das altbekannte, an Aus-
giebigkeit, Schaumentwicklung, belebender
und reinigender Wirkung auf die Kopfhaut
unübertroffene Mittel. Überall erhältlich.
Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Richten Sie
beim Einkauf
genau auf
die



altbekannte
Schutzmarke
„Schwarzer
Kopf“!

Neue

Fahrpläne

für den Oberamtsbezirk
sind in der Geschäfts-
stelle ds. Bl. erhältlich
das Stück zu 20 Pfg.

Linoleum

und

Triolin

für Boden und Tischbelag
Teppiche // Läufer // Vorlagen
Vertretung d. größten Werke dieser Erzeugnisse

Emil G. Widmaier
Bahnhofstraße

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland!

Kukirolen Sie schon?

Das heißt: Betreiben Sie systematische Fußpflege?
Hierzu gehören: 1 Packung Kukirol-Fußbad, 1 Dose
Kukirol-Streupuder und 1 Schachtel Kukirol-Hühner-
auge-Pflaster.

Mit diesen drei Präparaten, die zusammen nur 2 Mark
kosten, können Sie eine richtiggehende Kukirol-Fußpflege-
Kur durchführen.

Ist Ihnen die Gesundheit Ihrer Füße diese Ausgabe
nicht wert?

Sie erhalten alle drei zu einer Kur erforderlichen
Kukirol-Präparate in jeder Apotheke und wirklichen Fachdrogerie,
bestimmt aber in den nachstehenden:

Ritter-Drogerie Calw.

